Freitag, 9. November 1923. **Einzelnummer 10000 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 255.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 105 000 in den Ausgabestellen 107 000 durch Zeitungsboten 108 000 am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800 ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile in Anzeigenteil innerhal Polens .... 5000 M Reklameteil 12 000 M

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil .. 5000 p. M. „ Reklameteil . 12 000 p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nach dem mißlungenen Generalstreik.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Am Dienstag um 4 Uhr nachmittags, kurz bevor die Sitzung des Sejm beginnen sollte, sind die Verhandlungen zwischen den Führern der Sozialisten und der Regierung beendet worden. Nicht Korfanty, sondern Witos hat sie diesmal geführt. Die Sozialisten hatten offenbar gehofft, daß die Regierung sich unnachgiebig zeigen würde. Denn eine große Interpellation im Sejm sollte stattfinden. Die Regierung war klug genug, dieses Argument den Streikenden aus der Hand zu nehmen. Sie war sehr nachgiebig, — so sehr, daß die Sozialisten jetzt glauben von einem großen Sieg reden zu können. Sie hat die Militarisierung aufgehoben. Ebenso die Standgerichte. Der Forderung, daß eine allgemeine Amnestie erfolgen soll, hat die Regierung ebenfalls stattgegeben. Sie wird zwar aus den schon lange gefaßten Sparsamkeitsgründen darauf bestehen, auch bei der Bahn die entbehrlichen Beamten abzustoßen. Im ganzen werden auf diese Weise wohl 40 000 Arbeiter entfernt werden. Aber die Regierung verspricht hierbei, aus rein sachlichen Erwägungen vorzugehen und mit der Entlassung nicht etwa die Leute zu treffen, die gestreikt haben. Sie will jedoch unter keiner Bedingung mehr die Personen in ihren Betrieben haben, die Sabotage geübt haben. Was nun die wirtschaftlichen Forderungen betrifft, so hat sich die Regierung nicht festgelegt; sie hat lediglich das Versprechen abgegeben, daß sie alle Wünsche in wohlwollende Erwägung nehmen werde. Das ist immerhin ein Fortschritt gegen die frühere derb abweisende Art des Ministerpräsidenten. Aber im Grunde hat die Regierung hiermit keine bindende Zusage gegeben. Also die Hauptfrage bleibt noch nicht geklärt, nämlich, ob und in welcher Weise die Lohnforderungen der verschiedenen Arbeiterkategorien, namentlich der Lokomotivführer, der Post- und Telegraphenbeamten usw. bewilligt werden oder nicht. Also hier bleibt das Ungewisse der Lage bestehen.

Der Dienstag brachte zunächst eine ungemeine Verschärfung der Lage. Am Morgen platzte eine Bombe auf der Treppe des Hauses der Jerusalemer Allee, in dessen erstem Stockwerk sich das Zentralbureau der Sozialisten befindet. Die Tat war dumm und gemein zugleich. Das Söhnchen des Amtsdieners hatte zuerst auf der Treppe das schwälende verdächtige Papier bemerkt, in das die Bombe eingeschlagen war. Sein Vater wollte sich das verdächtige Ding ansehen. Auch der Hausportier beugte sich über das Papier. Da brach die Hölle los. Alles war in schwarzen Dampf gehüllt. Dem Portier, einem 37jährigen Mann mit Frau und fünf Kindern, wurden Hände und Füße weggerissen, und er blieb auf der Stelle tot. Der Amtsdiener wurde an die Wand geschleudert, an Stirne und Händen verletzt. Auch platzte ihm das Trommelfell, und er wird taub bleiben. Natürlich sprangen alle Fensterscheiben in dem Hause, und die Treppe stürzte teilweise ein. So begann der Tag. Sonst merkte man eigentlich in der Stadt wenig von dem Streik, außer daß an den Läden sich die Leute häuften, die, aus Furcht vor einer vielleicht kommenden Lebensmittelnot, sich einzudecken suchten. Vor allem an den Bäckerläden reihten sich die Menschen, denn da die Bäcker streikten, begann schon am ersten Tage das Brot knapp zu werden. Ebenso wie das Gas nur sehr spärlich oder gar nicht mehr aus den Gasöfen zum Kochen kam. Alles in allem aber hat der Streik doch durchaus nicht den Charakter eines allgemeinen gehabt. Aus den meisten Städten, wie aus Lemberg, Lublin, Wilna usw. kamen Nachrichten, daß im Vergleich zu den vorigen Tagen, an denen doch bereits an den verschiedensten Orten mehr oder weniger bedeutungsvolle lokale Lohnstreiks geherrscht hatten, eine eingreifende Änderung zum Schlimmeren eingetreten sei. Aus einigen Orten, wie z. B. aus Lodz, hörte man, daß die Arbeiter im Laufe des Tages in den Streik eintreten würden. Die Regierung, die Lokalbehörden trafen jedenfalls durch Einberufung der Technischen Nothilfe das Nötige, um allen Eventualitäten zu begegnen. Und wie wir hören, begann sich auch bei den Sozialisten im Laufe des Tages die Überzeugung festzusetzen, daß der sogenannte Generalstreik ein großer und allgemeiner Mißerfolg wurde, wie übrigens jeder, der die Verhältnisse kannte, voraussagen konnte, und wie wir dies auch an dieser Stelle getan haben. Nur die unausbleibliche Verwirrung ist zustande gekommen, die sich auch noch lange bemerkbar machen wird; denn auf vielen Gleisen stehen die Güterzüge, die nicht bewältigt werden konnten und die nun die Strecken verstopfen, was gerade jetzt, wo alles auf die Normalisierung von Handel und Verkehr ankommt, zu den nachteiligsten Schwierigkeiten führen muß. Übrigens ist auch die Lebensmittelversorgung erschwert, — und dadurch wird gerade der Teuerung und den Wucherern in die Hände gearbeitet, die man doch gerade bekämpfen will.

Die Bedingungen des Friedens zwischen Regierung und Arbeitern.

Wie der „Robotnik" mitteilt, hat die Regierung in den Verhandlungen zur Beilegung des Streiks außer den schon gemeldeten Bedingungen noch folgende angenommen: Die Regierung legt dem Sejm ein Gesetz vor, wonach die Zahlungsregelung für die Gehälte'r und Löhne wöchentlich erfolgt mit Beginn am 1. Dezember. Im November erfolgt eine Teuerungszulage sowie eine Zahlung zum Ankauf der nötigsten Bedürfnisse für den Winter. Die Höhe dieser Zahlung wird auf Grund gegenseitiger Verständigung festgesetzt. Der Multiplikator, der die Teuerung anzeigt, und nach dem die Löhne usw. bestimmt werden, wird erhöht. Wird ein solches Gesetz wirklich angenommen, so haben zweifelsohne die Arbeiter und Beamten einen Sieg errungen.

Die Stellung der Regierung nach Streik und Aufruhr

Polnische Blätter melden: Innerhalb der Regierung machen sich, wie verlautet, im Anschluß an die mit Vertretern der Sozialistenpartei getroffenen Abmachungen über die Beendigung d'es Streiks gewisse Reibungen bemerkbar. Einige Minister vom Nationalen Volksverband sollen unwillig darüber sein, daß Witos den Vertretern der Streikenden ohne Zustimmung des Ministerrates weitgehende Versprechungen machte. Auch andere Steine des Anstoßen sollen vorhanden sein, so z. B. die Personalpolitik der Rechtsgruppen. Die Piasten sind angeblich mit der Beseitigung des Vizeministers Straßburger und seine Ersetzung durch Seyda unzufrieden. Einige Sejmabgeordnete sprachen sich Pressevertretern gegenüber in sehr scharfer Weise über das Verhalten der Regierung in den letzten Tagen aus.

Die Opfer des blutigen Dienstags in Krakau.

Nach den letzten Meldungen wurden am Dienstag in Krakau 25 Personen getötet, darunter 16 Soldaten und Offiziere und ein Polizeibeamter. Die Zahl der Verwundeten wird auf 78 angegeben, darunter 72 Soldaten und Offiziere. Der Chef des 8. Ulanenregiments, Oberst Brzeski, wurde an beiden Beinen schwer verwundet.

Belagerungszustand im Petroleumgebiet.

Infolge der gestern gemeldeten Vorgänge in Borysław wurde für das ganze Petroleumgebiet der Belagerungszustand angeordnet. Es wurden Standgerichte eingeführt.

Was die Presse zu den Krawallen sagt.

Der größte Teil der Warschauer Presse verlangt von der Regierung energische Maßnahmen durch die die Wiederholung solcher Vorgänge wie sie sich am Dienstag in Krakau und Borysław abspielten, verhütet würde. Der „Kurjer Warsz." schiebt einen Teil der Schuld an den Vorgängen auf die dortigen Behörden. Die Entlassung des Wojewoden Gałecki und des Generals Czikiel wurde darum mit Genugtuung begrüßt. Das Blatt verlangt sorgfältige Untersuchung und strenge Bestrafung der Schuldigen.

Der Mittwoch in Krakau.

Nach dem blutigen Dienstag trat am Mittwoch in Krakau Ruhe ein. Am vormittag trafen Unterstaatssekretär Olpiński vom Innenministerium, der Stellvertreter des Hauptkommandanten der Staatspolizei, Wardęcki, und der Chef der Ministerialabteilung für öffentliche Sicherheit, Pilecki, in Krakau ein. Ferner kam Divisionsgeneral Żeligowski nach Krakau. Olpiński und Żeligowski verständigten sich hinsichtlich der Maßnahmen, die zur Verhütung ähnlicher Vorfälle, wie sie sich am Dienstag ereigneten, zu treffen seien. Eine Versammlung der Streikenden nahm einen ruhigen Verlauf. Die sozialistischen Abgeordneten forderten die Versammelten auf, sich zur Arbeit wiedereinzustellen und die Anordnungen der Behörden genau zu befolgen. Den öffentlichen Sicherheitsdienst versehen Polizei- und Militärposten. Sämtliche Behörden und Staatsinstitutionen arbeiten normal. Das Elektrizitätswerk wurde dem Vernehmen nach am Mittwoch in Betrieb gesetzt. Das dem Militär abgenommene Panzerauto „Dziadek" ist wieder zur Verfügung gestellt worden. Vor dem Arbeiterhause und der Redaktion des „Naprzód" stehen Polizeiposten.

Eine sozialistische Interpellation über die Vorgänge in Krakau.

Die Sozialisten richteten im Sejm an die Regierung eine äußerst scharfe Interpellation. Sie verlangen den Rücktritt der Regierung und werfen ihr eine Finanz- und Valutapolitik zum Schutze des Kapitals und der Schieber vor. Sie schieben der Regierung die Schuld zu an den Vorgängen in Krakau, an der Erschießung zweier Sozialisten bei dem Meeting in Borysław, daran, daß das Volkshaus in Stryj besetzt und das Bureau der Sozialisten in Radom während des Streikes geschlossen wurde, und selbst die Bombe gegen das Lokal der Sozialisten in Warschau wird der Regierung zum Vorwurf gemacht.

Unheilbare Verwirrung und Planlosigkeit in der Reparationsfrage.

Der Meldung des Brüsseler Korrespondenten des „Temps" zufolge unterliegt es keinem Zweifel, daß **in Brüssel** die Neigung besteht, das Arbeitsfeld der Sachverständigen nicht zu erweitern und sich auf die Prüfung der gegenwärtigen deutschen Zahlungsfähigkeit zu beschränken. Man glaubt diese Aufgabe nicht so leicht lösen zu können, und zwar kommt es nicht darauf an, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands während der nächsten 20 bis 30 Jahre zu erforschen, sondern nur lediglich die Sachwerte und Privatwerte ausfindig zu machen. In dieser Form muß eine **eingehende Revision der deutschen Geldreform, der Finanzlage bei Privatpersonen und der Sachwerte bei Privatpersonen** erfolgen.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Agentur Havas" teilt über den Stand der Verhandlungen hinsichtlich des Sachverständigenausschusses folgendes mit: **Die englische Regierung** hat ihrem Botschafter in Paris zur Kenntnis gebracht, daß es unzweckmäßig sei, wenn Poincaré eine Veränderung in dem Reparationsproblem vorzunehmen wünsche. Die englische Regierung rate Frankreich so lange zu warten, bis die Konferenz in Washington alles entschieden habe. (Dieser Rat ist gegenstandslos, da Frankreich weder vor noch nach der Konferenz von seinem Starrsinn ablassen wird.)

Bedingungen der amerikanischen Anleihe.

Nach einer Information über die Verhandlungen zur Bildung eines Sachverständigenausschusses machen sich die amerikanischen Banken darauf gefaßt, daß sie von dem Sachverständigenausschuß um Unterstützung in Form einer Anleihe für das ruinierte Deutschland gebeten werden. Die Bitte um eine Anleihe für Deutschland ist mit vielen Schwierigkeiten verknüpft. Den allgemeinen Auffassungen nach müßte man Deutschlang ein langfristiges Moratorium einräumen. Außerdem möchte dann **Amerika allein die Kontrolle über die deutschen Finanzen** führen. Die amerikanischen Bankinhaber glauben daher nicht, daß Frankreich die Wünsche Amerikas teilen wird. Amerika selbst glaubt, daß es dieser Sache nur gerecht werden kann, **wenn Frankreich einige Posten aus dem Schuldenkonto Deutschlands streichen wird.** Besonders in amerikanischen Industriekreisen erklärt man, daß **der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands nicht mehr aufzuhalten** sei.

Deutsche Mark wird nicht mehr als Geld betrachtet.

Nach einem Telegramm aus Neuyork hat die deutsche Mark an der Neuyorker Börse **jeglichen Wert verloren. Jetzt werden nur noch Goldsendungen und Überweisungen in Dollars, Sterlings und Gulden angenommen.**

Poincaré sucht „Sachverständige".

Poincaré hat eine Note über die Auswahl der Sachverständigen an Amerika gesandt, die am Montag dem amerikanischen Präsidenten überreicht wurde.

(Über Poincarés Haltung siehe auch Seite 3.)

Polen und Sowjetrußland.

Die Regierung tritt jetzt mit einem amtlichen Communiqué hervor, das zum ersten Male über die Verhandlungen, die zur Zeit Herr Wigdor Kopp, der Vertreter der Sowjetrepubliken in Warschau führt, nähere Mitteilungen macht. Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß in der Tat Rußland den Bestimmungen des Artikels 22 des Friedensvertrages von Riga eine weitere Auslegung geben will. Dieser Artikel spricht über die Gegenstände, deren Durchfuhr von Polen als Kriegskonterbande angesehen wird. Es sind dies vor allem Kriegsmaterialien. Getreide ist hierbei nicht erwähnt. Aus den Mitteilungen der Regierung geht nun hervor, daß Rußland ausdrücklich festgestellt haben will, daß Getreide nicht zur Kriegskonterbande zu zählen ist. Rußland rechnet damit, wie Herr Kopp betonte, „daß die Ereignisse in Deutschland einen besonderen Verlauf nehmen könnten", was nichts anderes heißt, als daß Rußland mit einem kommunistischen Umschwung in Deutschland rechnet, und daß es gewillt ist, eine solche Bewegung mit der Lieferung von Getreide „an notleidende Arbeiter in Deutschland" zu unterstützen. Die Mitteilung der Regierung spricht naturgemäß nicht wörtlich in diesem Sinne, aber man kann die Version zwischen den Zeilen herauslesen, und sie wird von unterrichteter Seite bestätigt. Polen will eine solche Auslegung des Begriffes „Kriegskonterbande" nicht annehmen, da dies eine Unterstützung des Kommunismus bedeuten würde, den Polen so lebhaft bekämpft.

Wie in allen offiziellen Mitteilungen, fehlt naturgemäß auch hier der Hinweis nicht, daß die Unterhandlungen rein sachlich und in vollem friedlichen Sinne geführt worden sind. Aber da man über die Hauptforderung der Russen zu einem Einverständnis nicht gekommen ist, so begreift man, daß das Schwebenbleiben dieser Frage eine recht nervöse Stimmung zurücklassen könnte. Zumal, wenn man bedenkt, daß Rußland allerhand Truppenmassierungen an der Grenze vorgenommen hat, die zwar nicht allzuernst, und zum großen Teile als Bluff aufgefaßt werden können, die aber die Situation nicht gerade gemütlicher machen. Polen hat nun seinen Jahrgang 1918 zu einer sechswöchigen Übung jetzt schon statt im Sommer unter die Waffen gerufen, was die stehende Armee um 50 Prozent verstärkt, und man munkelt von Teileinberufungen zweier weiterer Jahrgänge. Offiziell wird dies als eine normale Maßnahme bezeichnet. Wenn wir aber richtig unterrichtet sind (und wir glauben es zu sein), dann ist man im Kriegsministerium keineswegs gewillt, sich einer beschaulichen Ruhe hinzugeben, da man ganz gewiß hierzu nicht berechtigt zu sein glaubt. Jedenfalls wollen wir doch betonen, daß es einer recht lebhaften Unkenntnis oder Gleichgültigkeit gegenüber den wahren Verhältnissen bedarf, um unter solchen Umständen mit Hülfe eines Generalstreiks die Verhältnisse im Inneren zu verwirren, gerade jetzt, wo Polen mehr denn je der inneren Ruhe bedürfte! Die polnische Regierung ist in ihren Verhandlungen mit Rußland — Herr Seyda führte sie — recht weit gegangen. Sie hat den Russen die wichtige Versicherung abgegeben, daß Polen sich unter keinen Umständen in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates einzumischen gedenke, was also heißt, daß Polen neutral bleiben will, was auch in Deutschland passiere. Nun glauben wir zwar nicht daran, daß in Deutschland der Kommunismus irgendwelche Aussichten auf einen Sieg habe. Er kann wohl lokale Störungen hervorrufen, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß das Reich und seine Autoritäten stets in der Lage waren, selbst große kommunistische Aufstände und zeitweilige Erfolge der Kommunisten zu überwinden. Aber Rußland hält seine Augen auf Deutschland gerichtet und will sich eine „Brücke" dorthin bauen, wobei es an der Grenze mit dem Säbel rasselt. Das ist die Situation, die keineswegs ohne Gefahren für Polen ist.

Ein kleiner Lichtblick bei diesem allen ist, daß Polen nun endlich die Föderalrepublik der Sowjetregierungen anerkennt. Diese Anerkennung schafft eine widrige Zwistigkeit aus der Welt. Rußland wird dafür die Lieferungen nach dem Rigaer Friedensvertrag wieder aufnehmen. D. h. es „verspricht", die 30 Millionen Goldrubel zu zahlen, auf die Polen noch aus den Beständen der einstigen russischen Staatskasse, als ehemaliger Teil Rußlands, ein Anrecht hat. Dann aber soll ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern auf Grund der Meistbegünstigungsklausel abgeschlossen werden.

*

Aus einem Aufruf des Wojewoden von Pommerellen

Wie der Posener Wojewode, so hat auch der Wojewode von Pommerellen am vergangenen Sonntag einen Aufruf erlassen, in dem er zu Arbeit, Ruhe und Besonnenheit mahnt. In diesem Aufruf heißt es unter anderm:

„Ich wende mich an Euch im Namen der Regierung des vereinigten, freien und unabhängigen Polens zu einer Zeit, da das Land eine schwere wirtschaftliche Krise durchzumachen hat, eine Krise, die unsere neidischen Nachbarn ausnutzen wollen, um unser geliebtes Vaterland wiederum zu zerstückeln und uns und unsere Kinder zu ihren Sklaven zu machen. Der abenteuerliche erstgeborene Sohn Wilhelms II. ist bereits an der Grenze Polnisch-Oberschlesiens und trifft Anstalten, um uns dies reiche Land der schwarzen Dia-

mänten, ohne welche die polnische Industrie nicht bestehen könnte, zu entreißen. Ein anderer Hohenzoller wartet auf die Gelegenheit, um in unser geliebtes Pommerellen eindringen zu können und somit Polen vom Meere abzuschneiden, was unseren wirtschaftlichen Ruin herbeiführen würde. An der Ostgrenze werden Bolschewisten in Massen zusammengezogen, um gegen Wilna, Wolhynien und Lemberg zu marschieren."

Die Verminderung der Zahl der Beamten.

Wie der „Wiarus Polski" meldet, hat der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge am 31. Oktober 69 Beamtendemissionen unterzeichnet, die im Zusammenhang mit der Personalreduktion stehen. Das Auswanderungsamt ist ungefähr zu 50 Prozent an der Reduktion beteiligt.

Auflösung von Arbeitsvermittelungsämtern.

In der Wojewodschaft Pommerellen sollen elf Arbeitsvermittlungsämter aufgelöst worden sein.

Agrargesetz und Entdeutschung.

In der Sitzung des Agrarausschusses des Sejm am 5. November dieses Jahres gab der Vertreter der Deutschen Fraktion, Abgeordneter Somschor, folgende Erklärung ab:

„Schon bei der Aussprache über Artikel 1 D. des Gesetzes über die Agrarreform habe ich darauf hingewiesen, daß es sich dort um Ausnahmevorschriften gegenüber der deutschen Bevölkerung handelt. Jene Vorschriften erfahren noch eine wesentliche Verschärfung durch die Bestimmungen in den Art. 2 und 3 insofern, als die dort vorgesehenen Milderungen und Ausnahmen bei den zum Zwangsverkaufe ausersehenen Grundstücken des Art. I D. nicht Platz greifen sollen. Das aber sind gerade die vielen tausend Grundstücke, die sich in der Hand deutschstämmiger Besitzer befinden. — Art. 1 D, b und c. — Ihnen gegenüber kommen die in Art. 1 D unter a und d genannten Grundstücke kaum auf.

Art. 3 B, 3 sieht in Verbindung mit Art. 2 ganz ausdrücklich vor, daß eine etwaige Vergrößerung des dem bisherigen Besitzer zu belassenden Restgrundstückes bei den zum Zwangsverkauf bestimmten Grundstücken ausgeschlossen sein soll; ja, bei Inanspruchnahme dieser Grundstücke soll dem alten Besitzer auch nicht die kleinste Restparzelle belassen werden, d. h. es sollen in schreiendem Gegensatz zu den sozialen Grundgedanken einer gesunden Agrarreform Tausende von bäuerlichen Wirten ihrer Existenz beraubt werden. So ist auch in dieses Gesetz wieder die Politik des Hasses und der Vergeltung für Maßnahmen aus preußischer Zeit hineingetragen worden. Es handelt sich auch gar nicht um die Durchführung einer Agrarreform, sondern darum — und das ist ja in den Kommissionsverhandlungen ganz unverblümt erklärt worden —, mit Hilfe des Gesetzes die Entdeutschung des Landes herbeizuführen.

Unter diesen Umständen muß ich im Namen und Auftrage der Deutschen Fraktion folgende Stellungnahme präzisieren:

Das Gesetz vom 14. Juli 1920 ermöglichte es, eine bestimmte Gruppe von Ansiedlern im ehemals preußischen Teilgebiet unter Annullierung der von ihnen geschlossenen Rentenguts- und Pachtverträge von ihren Stellen zu entfernen. Am 10. September d. Js. hat das Oberste Schiedsgericht im Haag ein Gutachten dahin abgegeben, daß jenes Gesetz den von Polen zum Schutze der völkischen Minderheiten eingegangenen internationalen Verpflichtungen nicht entspricht, und daß das Gesetz deshalb der Rechtskraft entbehrt.

In dem Gutachten heißt es: „Die Tatsache, daß in dem Text des Gesetzes vom 14. Juli 1920 keine Sonderbehandlung eines Volkstums zum Ausdruck gebracht ist, und daß das Gesetz in einigen Einzelfällen auch auf nichtdeutsche polnische Staatsangehörige anwendbar ist, die ihre Güter von deutschstämmigen Ansiedlern erworben haben; ist ohne wesentliche Bedeutung. Der entscheidende und drundlegende Punkt im vorliegenden Falle ist die Tatsache, daß die Personen, deren Recht jetzt strittig ist, im ganzen deutschstämmige Personen sind, die sich auf den fraglichen Gütern nach Maßgabe des preußischen Gesetzes von 1886 und der folgenden gesetzgeberischen Maßnahmen auf Grund von Verträgen mit dem preußischen Staat niedergelassen haben." Und weiter: „Die Durchführung des Gesetzes vom 14. Juli 1920 würde bewirken, daß das vernichtet wird, was früher geschaffen wurde, nämlich insofern, als das an die Ansiedler gestellte Verlangen, ihr Heim zu verlassen, eine Entdeutschung zur Folge haben würde. Eine solche Maßnahme ist aber, obwohl sie begreiflich sein mag, gerade das, was der Minderheitenvertrag seiner Absicht nach verhüten sollte."

Dieses Gutachten hat sich der Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 27. September 1923 einstimmig vollinhaltlich zu eigen gemacht. An die polnische Regierung aber hat er das Ersuchen gerichtet, ihm bis zu seinem nächsten Zusammentritt — 3. Dezember 1923 — einen Plan für die Durchführung seiner Entscheidung vorzulegen, d. h. der Völkerbund erwartet Vorschläge für die Restituierung und Entschädigung der unrechtmäßigerweise vertriebenen Ansiedler.

Und die polnische Antwort auf dieses Begehren ist die Gesetzesvorlage über die Agrarreform, die in ihren einschneidendsten Bestimmungen aus antideutschen Tendenzen das vernichten will, was früher geschaffen wurde, — die denkbarst brutalste gesetzgeberische Maßnahme zur Entdeutschung des Landes!

Art. 1 bestimmt unter D, b und c für den Zwangsankauf diejenigen Grundstücke, deren Besitzer freiwillig Grund und Boden zum Zwecke einer Siedlung verkauft haben, die sich nach dem Willen der Teilungsmächte gegen die polnische Bevölkerung richtete; weiter diejenigen Grundstücke, deren Eigentümer, Erblasser oder Schenker sie von den Teilungsmächten unter Bedingungen und Vorbehalten erworben haben, die eine gegen die polnische Bevölkerung gerichtete Politik sichern sollten.

Diese Bestimmungen erfahren eine wesentliche Verschärfung dadurch, daß gerade und nur die zum Zwangsankauf vorgesehenen Grundstücke in ihrem vollen Außenumfange dem Eigentümer fortgenommen werden. Man will also die vielen tausend arbeitsamer deutscher Bauern, die auf diesen Grundstücken sitzen, kurzerhand um ihre Existenz bringen! Eine Grundtendenz, der es durchaus entspricht, daß die in den folgenden Artikeln zugunsten der alten Grundstücksbesitzer vorgesehenen Vergünstigungen und Milderungen für jene Gruppe deutschstämmiger Grundbesitzer keine Geltung haben sollen.

Es handelt sich also um ein Gesetz, das in seiner antideutschen Tendenz weit über das Gesetz vom 14. Juli 1920 hinausgeht. Wenn nun nach der Entscheidung des Völkerbundsrats schon das Gesetz vom 14. Juli 1920 nicht den Verpflichtungen entspricht, die der polnische Staat zum Schutze der völkischen Minderheiten übernommen hat, so schlägt der Agrargesetzentwurf den internationalen Verpflichtungen zum Schutze der völkischen Minderheiten geradezu ins Gesicht.

Im Namen unserer Wähler legen wir gegen die beanstandeten Bestimmungen im Agrargesetzentwurf feierlichen Protest ein. Wir erwarten aufs bestimmteste, daß jene Bestimmungen vom Agrarausschuß beseitigt werden."

Frankreichs Bedingungen für die Sachverständigenkonferenz.

Laut „Daily Herald" hat der französische Botschafter dem Staatssekretär Hughes die Bedingungen auseinandergesetzt, von denen Frankreich seine Zustimmung zu dem Sachverständigenprojekt abhängig macht. Diese Bedingungen sind folgende:

1. Der Sachverständigenausschuß hat zur alleinigen Aufgabe die Prüfung der gegenwärtigen Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches;

2. er darf weder die Gesetzmäßigkeit der Ruhrokkupation in Betracht ziehen, noch an der Pfandergreifung irgendwelche Aussetzungen machen;

3. seinem Bereich entziehen sich die Abschlüsse, die letzthin zwischen den deutschen Industriellen und der französischen Okkupationsbehörde getätigt wurden.

Botschafter Jusserand fügte hinzu, daß Frankreich sich mit einer Untersuchung der gesamten deutschen Zahlungsfähigkeit einverstanden erklärt, wenn gleichzeitig eine Aussprache über die interalliierten Schulden erfolgen würde.

In London ist die Note Poincarés eingetroffen, in der er die Voraussetzungen erläutert, unter denen er der Einladung der amerikanischen Regierung zu einer neuen Reparationsprüfung zustimmen wolle. Die Note enthält, sicherem Vernehmen nach, dieselben Bedingungen, die Poincaré bereits mündlich bekannt gegeben hat.

Poincarés „Kompromiß".

Die französische Antwort ist in London eingetroffen. Sie enthält, wie die „Times" an hervorragender Stelle berichten, nicht das Wort „gegenwärtig" vor dem Worte „Zahlungsfähigkeit". Dafür aber schlägt Poincaré eine andere Fassung vor, die genau auf dasselbe hinausläuft. Er verlangt, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit „nur für einen kurzen Zeitraum" geprüft werde. Über die Länge dieses Zeitraumes müsse man aufs neue verhandeln.

(Es ist erstaunlich, mit welcher Raffiniertheit Poincaré immer wieder neue Scheinkompromisse findet, um dem Drängen seiner Verbündeten Genüge zu tun, ohne doch von Frankreichs übermäßigen Forderungen auch nur ein Jota abzulassen.)

Unlust der Elsässer zur französischen Sprache.

Die „Kölnische Volkszeitung" gibt im Auszug bewegliche Klagen des bekannten Pariser Organs „Journal des Débats" wieder, daß sich das elsaß-lothringische Publikum noch immer nicht so recht an die französischen Zeitungen gewöhnen könne. Die Auflagenhöhe der französisch geschriebenen Blätter Elsaß-Lothringens, die vor dem Kriege 10 000 betrug, habe sich zwar nach dem Waffenstillstand auf etwa 20 000 erhöht, aber die deutschsprachige Presse weise auch heute noch eine **Auflagenhöhe von 200 000** Stück auf, — ein recht deutlicher Beweis dafür, wie es um die Verbreitung der französischen Sprache in Elsaß-Lothringen bestellt ist. Ab 1. September wird nach gleicher Quelle ein neues Blatt erscheinen, das den Titel „L'Echo d'Alsace et de Lorraine" trägt, aber wiederum in deutscher Sprache erscheint. Herausgeber dieses Blattes ist der frühere deutsche Abgeordnete und jetzige elsaß-lothringische Deputierte in der Pariser Kammer Dr. Pfleger. Der „Courrier de Strasbourg", das Blatt der französisch sprechenden Katholiken, konnte nur dadurch vor dem Eingehen bewahrt bleiben, daß man sich von Regierungsseite um die Erhaltung der Zeitung bemühte und sie mit dem bekannten Propagandaorgan „Nouveau Rhin Français" in gemeinsamen Verlag übernahm.

Die vorsichtige Feststellung des „Journal des Débats": „Es ist bekannt, daß unsere Blätter in französischer Sprache mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die die Blätter in deutscher Sprache nicht immer kennen", ist ein wertvoller Beleg zur elsaß-lothringischen Sprachenfrage von gegnerischer Seite.

Amerikanisches Hilfswerk für Deutschland.

Wie der „Neuyork Herald" aus Washington meldet, erwartet das amerikanische Staatsdepartement in einigen Tagen die Spitzen der amerikanischen Relief-Organisationen, um das Verpflegungswerk für Deutschland während des kommenden Winters einzuleiten. Man erklärt es für notwendig, Deutschland zu ernähren, um schwere Unruhen und Hungersnot während des Winters zu vermeiden. Amerika wird Kredite bewilligen zum Ankauf von Getreide, Nahrungsmitteln und Kleidern, die mit Hilfe der Relief-Organisation unter Mitwirkung der Reichsregierung verteilt werden sollen. Auch die Quäker-Gesellschaft, die schon seit langem deutsche Kinder ernährt, wird ihre Vertreter wieder nach Deutschland senden.

Beratungen über die deutsche Währungsfrage.

Das Reichskabinett hat sich mit einer Reihe schwebender Fragen beschäftigt, unter anderem auch mit Problemen, die das besetzte Gebiet betreffen. Ferner beriet das Kabinett über die bereits bekanntgegebenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungsfragen; dazu gehört auch der Plan des Finanzministeriums, einen Übergangshaushaltsplan aufzustellen, der auf der Goldbasis aufgebaut ist und bis zum 31. März des nächsten Jahres Geltung haben soll. Der Zweck dieses Planes ist, **Ordnung auch in den Haushaltsplan** zu bringen. Es wird eine Reihe **von Ausgaben des Reichs erheblich gekürzt** werden. Eine Entscheidung ist über diese Frage im Kabinett noch nicht getroffen. Wie die „Expreßkorrespondenz" erfährt, plant die Reichspostverwaltung die Herausgabe wertbeständigen Geldes.

Stresemann will die Deutschnationalen zur Regierung hinzuziehen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, fand am Dienstag abend bis spät in die Nacht hinein eine wichtige Sitzung der Deutschen Volkspartei statt, in der auch der Kanzler das Wort ergriff. Stresemann und die Mehrheit seiner Fraktion wollen eine Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts durch Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront. Die Deutschnationalen verlangen im Falle eines Eintrittes in die Regierung, daß auch im preußischen Kabinett die große Koalition beseitigt wird und daß durch einen Ausschuß von 28 Reichstagsmitgliedern die Weimarer Verfassung in föderalistischem Sinne umgearbeitet wird. Die demokratische Fraktion verhält sich weiterhin völlig ablehnend gegen eine Einbeziehung der Deutschnationalen in das Kabinett.

Ein Bayer in der deutschen Reichsregierung?

Wie verlautet, wird erwogen, einen Vertreter der Bayerischen Volkspartei in die Regierung hereinzunehmen.

Der Abg. Domherr Leicht von der Bayerischen Volkspartei hat erklärt, daß seine Partei sich an der Regierungsbildung beteiligen wolle, wenn ein bürgerliches Reichskabinett möglich sei. Genannt wird der Name des Abg. Emminger, der für das Justizministerium in Frage kommen würde.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(39. Fortsetzung.)

Swendholm trat in das Büro und fand Johanna gebrochen im Stuhl. Nun die Herren gegangen, sank sie in sich zusammen. Kaum daß sie imstande war, dem Alten zu erzählen, welch neues Unglück hereingebrochen. Zum Schluß fügte sie hinzu:

„Ich habe natürlich nicht gesagt, daß Sie um den Fund wußten."

Swendholm erwiderte schlicht: „Sie hätten mich selbstverständlich an ihrer Seite gefunden."

„Nein, Swendholm, Sie jedenfalls müssen frei bleiben."

„Der Verhaftsbefehl ist nicht zu fürchten. Es liegt durchaus kein Grund vor, selbst wenn Sie Beweisstücke beiseite schafften — Sie sind die Tochter."

Johanna war wieder ruhig. „Wir müssen mit allem rechnen. Wer weiß, wie weit auch der Richter mit unseren Feinden zusammenarbeitet."

„Das nicht. Landgerichtsrat Sendlin ist unparteiisch und gerecht."

Sie lächelte traurig. „Ach, Swendholm, ich habe in diesen Wochen so viel Trübes erlebt, daß ich keinem Menschen mehr traue!"

Aber der Tag verging, ohne daß vom Gericht etwas verlautete, und der folgende auch. Ein schrecklicher Tag der Erwarsung. Am Abend sagte Johanna: „Morgen also kommt die Entscheidung!"

Weder sie noch der Alte schlossen in dieser Nacht ein Auge. Der Morgen kam, und das Büro wurde wie immer geöffnet. Auch auf den Gesichtern der Angestellten lag bange Erwartung. Swendholm war nervös und sah krank aus; Johanna war gefaßt, aber totenbleich.

Kein Brief, kein Telegramm! Weder von Silvio noch von Don Hieronimo. Es war still im Büro, Stille vor dem Sturm, dachte Johanna, deren Kopf fieberhaft brannte.

Um 10 Uhr kam ein Beamter der Firma Wislizenus.

„Ich habe eine Forderung von zwölf Millionen zu kassieren."

„Wollen Sie vor Geschäftsschluß, also um 5 Uhr kommen?"

„Sehr wohl."

Er ging schweigend hinaus, und Johanna klammerte sich an Swendholm.

„Die letzte Frist."

Sie lallte und zitterte vor innerlicher Kälte. Wie langsam Stunde für Stunde dahinschlich. So oft die Tür aufging ein sehnsüchtiger Blick, aber immer vergebens. Es wurde Mittag. Mutter Weber wartete umsonst. Johanna fühlte, daß sie schwach war zum Umsinken, aber sie hätte keinen Bissen genießen können. Leise stahlen sich Tränen über ihre Wangen. Auch Swendholm war nicht zu Tisch gegangen. Er stand am Fenster und schaute hinaus. Sie hatten beide nicht einmal mehr die Kraft, miteinander zu sprechen. Wieder zwei Stunden. Die Herren des Büros kamen von Tisch. Auch sie saßen jetzt müßig an ihren Pulten, ein leises Flüstern huschte durch den weiten Raum bis zu Johanna hinüber. Sie hörte es wohl, aber es war ihr, als höre sie es durch einen dichten Nebel.

Vom Dom schlug es vier Uhr, da raffte Swendholm sich auf, seine Stimme zitterte unter Tränen. — Der alte Mann schämte sich ihrer nicht.

„Fräulein Johanna, wenn es doch noch kommen sollte, ist es zu spät. Wir müssen stark sein. Wir müssen die letzte, traurige Pflicht erfüllen und selbst den Konkurs anmelden, ehe uns ein anderer zuvorkommt."

Johanna weinte laut auf, dann aber zwang sie sich wieder, aber ihre Stimme war tonlos.

„Setzen Sie es auf, ich unterschreibe, und Sie fahren dann zum Gericht."

Der alte Swendholm wankte zum Schreibtisch. Das erstemal in seinem Leben, daß er jetzt an Silvester Bruhns Platz saß, er achtete selbst nicht darauf. Er nahm einen Bogen der Firma und die Feder. Es war ihm, als solle seine Hand ihm den Dienst versagen. —

Währenddessen saßen der Staatsanwalt, der Untersuchungsrichter und Kommissar Wendter in Beratung beisammen.

„Trotz dieses unleugbaren Beweises können wir nichts machen, solange Bruhns als tot gilt."

Ein Bote trat ein und brachte ein Telegramm.

Der Staatsanwalt öffnete, dann sprang er auf.

„Meine Herren! Ein vollkommener Umschwung! Soeben telegraphiert die Polizeiverwaltung von Buenos-Aires, daß Silvester Bruhns dort verhaftet sei und zur Verfügung des deutschen Gerichts steht. Allerdings leugnet er jede Schuld."

Auch Sendlin war aufgesprungen.

„Die werden wir ihm schon beweisen."

Der Staatsanwalt war Feuer und Flamme.

„Jedenfalls werden wir sofort das Hauptverfahren gegen Silvester Bruhns und seine Tochter eröffnen wegen Mord und Mitwisserschaft."

Wendter fiel ein.

„Dann halte ich es für unumgänglich nötig, daß wir uns sofort der Tochter vergewissern. Ich weiß mit Bestimmtheit, daß die heute fälligen Summen nicht gezahlt sind. Der Konkurs wird also noch heute angemeldet, und dann ist eine Flucht der Tochter mehr als wahrscheinlich."

Der Staatsanwalt nickte.

„Sehr richtig, ich lasse alles sofort ausfertigen, und Sie übernehmen die Sache."

„Jawohl, Herr Staatsanwalt!" — — — — — — —

¾5 Uhr. Swendholm war mit seiner schweren Aufgabe fertig.

„Bitte, Fräulein Johanna!"

Sie sah ihn unendlich traurig an.

„Es muß sein?"

„Es muß!"

Sie biß die Zähne aufeinander und unterschrieb in festen Zügen das Todesurteil der Firma: Johanna Bruhns.

(Fortsetzung folgt.)

Die Engländer übergeben einen Separatistenführer dem deutschen Gericht.

Die Engländer haben unlängst einen Separatistenführer, den Volksschulrektor Matthias Kremers, den Bruder des „Kultusministers der Rheinischen Republik“ Wilhelm Kremers, bei dem Versuch, die Separatistenbewegung auf das von England besetzte Gebiet zu übertragen, wegen verbotenen Waffentragens verhaftet. Matthias Kremers wurde **von dem britischen Besatzungsgericht den deutschen Gerichten überwiesen** mit der Maßgabe, daß er wieder den Engländern zu überantworten sei, falls er vom deutschen Gericht freigesprochen werden sollte. Die deutsche Behörde hat gegen Matthias Kremers ein Verfahren wegen Hochverrats eröffnet.

Die Laufbahn des rheinischen Kultusministers.

Über Dr. Wilhelm Kremers teilte die „Kölnische Zeitung“ vor kurzem folgenden Lebenslauf mit: Kremers wurde während des Krieges bekannt, als er in Süchteln, wo er seit Ende 1914 als katholischer Geistlicher die Leitung der Rektoratsschule inne hatte, alldeutsche Vorträge hielt. Dadurch gewann er sich eine Reihe einflußreicher Männer aus dem deutschkonservativen Lager. Mit dem Zentrum hielt er noch bis in den Anfang des Jahres 1919 hinein beste Fühlung. Beleidigungen, die er weiblichen Familienmitgliedern angesehener Süchtelner Bürger, die in der örtlichen Zentrumspartei tätig waren, zufügte, veranlaßten ihn, dem Zentrum den Rücken zu kehren und sich einer sogenannten liberalen Richtung örtlicher Art anzuschließen. Bei dieser wurde er insofern führend, als er in Viersen eine Zeitung leitete, die gegen Zentrum und Sozialdemokratie gerichtet war. Die Zeitung mußte schon wenige Monate nach ihrer Gründung ihr Erscheinen einstellen. Inzwischen gingen an der Süchtelner Rektoratsschule unerfreuliche Dinge vor sich. Dr. Kremers mußte gehen, nachdem er die Schule ruiniert hatte. Nun wurde er Mitglied der sozialdemokratischen Partei, und das Mitgliedsbuch der S. P. D. sollte ihn möglichst schnell zu seinem Ziele, eine Regierungs- und Schulratsstelle innerhalb der Schulabteilung einer preußischen Regierung zu erlangen, führen. Da die Berufung nicht schnell genug kam, machte der sonst so geriebene Dr. Kremers Dummheiten. Er erlaubte sich gegenüber einzelnen führenden Mitgliedern der S. P. D. in seinen schriftlichen Gesuchen um sofortige Anstellung als Regierungs- und Schulrat einen Ton, der diese zur Vorsicht mahnte und abschreckte. In der Erkenntnis der Aussichtslosigkeit weiterer Bemühungen stellte sich Kremers vor einigen Wochen den Dorten, Smeets und Matthes als „Personalreferent und Sachberater in rheinischen Schul- und Kirchenfragen“ zur Verfügung. Seine Erwartung, mit offenen Armen empfangen zu werden, trog ihn nicht. Durch die freudige Aufnahme eines Dr. Kremers in die Partei der rheinischen Sonderbündler und durch seine augenblickliche Einstellung als Hetzredner beweisen die sonderbündlerischen Herrschaften, wie schwer es ihnen wird, anständige und aufrechte Männer in ihre Reihen hineinzubekommen.

Einiges über die Beweggründe Dr. Dortens.

Von einem Rheinländer, der Dr. Dorten früher persönlich kennen gelernt hat, wird uns über seine Wesensart und die Beweggründe seines Handelns folgendes mitgeteilt: Dr. Adolf Dorten, ehemaliger preußischer Staatsanwalt und preußischer Landwehrhauptmann, ist das typische Bild eines Postenjägers. In diesem Bemühen wird er bekanntlich von seiner sehr ehrgeizigen „besseren“ Hälfte unterstützt oder besser angetrieben. Sie möchte für ihr Leben gern als gefeierte „Gattin“ des „Rheinlandpräsidenten“ in Wiesbaden eine noch einflußreichere Rolle spielen, als es ihr jetzt in ihrer „Residenz“ in spe möglich ist, wo sie sich die „väterlichen Besuche“ französischer Stabsoffiziere gern gefallen läßt. Sie ist es auch gewesen, die den „schönen Adolf“ immer wieder antrieb, nach Paris zu fahren, um ja nicht den Anschluß zu verpassen. Im übrigen ist die Figur Dortens in weitester Öffentlichkeit bekannt genug, als daß es notwendig wäre, noch näher darauf einzugehen.

General Reinhardt in Thüringen mit verstärkter Truppenmacht.

Der württembergische General Reinhardt wurde zum Führer der Kräfte ausersehen, die eventuell in Thüringen gegen die an der bayerischen Grenze angesammelten irregulären Verbände operieren sollen. Die Kräfte der Reichswehr, die Reinhardt zur Verfügung stehen, werden auf 35 000 Mann beziffert, eine Truppe, die allerdings in der Hand dieses Mannes der Gegenrevolution Herr werden kann. Dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Thüringen, Generalleutnant Reinhardt, sind **mehrere Bataillone, Batterien und Schwadronen als Verstärkung** zugeführt worden, um ihm zu ermöglichen, für die Durchführung seiner Verordnungen und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter allen Umständen zu sorgen.

Terror in Thüringen gegen Bayern und Rechtsstehende.

Von der bayerischen Nordgrenze wird hierher berichtet, daß besonders bei der ländlichen Bevölkerung starke Besorgnis wegen der Übergriffe gewalttätiger Haufen aus Sachsen und Thüringen besteht. Es seien dort bereits bayerische Staatsbürger überfallen und ausgeplündert worden. Aus Thüringen selbst seien viele Flüchtlinge besonders im Koburger Gebiet eingetroffen, weil in Thüringen ein starker Terror gegen alle einer nationalen Gesinnung verdächtigen Elemente ausgeübt werde. Es fänden Haussuchungen und Versammlungen statt und es würde mit Handgranaten gegen Personen geworfen, die als politische Gegner der Kommunisten und Sozialisten bekannt seien. Die bayerische Bevölkerung an der Grenze rufe deshalb nach [illegible]herung durch die bayerischen Behörden.

Nationale Kundgebung in München.

Die Münchener Trauerfeier für die 13 000 im Weltkriege gefallenen Söhne der bayerischen Landeshauptstadt nahm mit der Grundsteinlegung für das Kriegerdenkmal unter der Teilnahme von Zehntausenden seinen programmäßigen Verlauf. General Ludendorff und der nationalsozialistische Führer Adolf Hitler waren nicht zugegen. Die Truppen der Kampfverbände wurden unter dem Befehl des Oberstleutnants v. Kriebel dem Kronprinzen Rupprecht vorgeführt.

Der Kardinal von München gegen gewaltsamen Umsturz.

Der Kardinal Faulhaber, Erzbischof von München, hat an den Reichskanzler Dr. Stresemann in Beantwortung eines Schreibens des Reichskanzlers ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen den Rechtsradikalismus und den Antisemitismus wendet. Faulhaber tadelt es, wenn den regierenden Staatsmännern fortwährend die Zirkel gestört und alle Kundgebungen und Maßnahmen der Regierung mit negativer Kritik statt mit positiver Mitarbeit beantwortet werden. Der Kardinal erklärt sich für föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung; er meint, daß die Treue des bayerischen Volkes zu seinem Königshause das Recht der völkischen Selbstbestimmung für sich in Anspruch nimmt. Aber alles das dürfe nur auf verfassungsmäßigem und unblutigem Wege, nicht durch Umsturz oder gewalttätige, blutige Eingriffe in den Gang der Entwicklung erstrebt werden.

Der Reichsernährungsminister setzt den Brotpreis auf 80 Milliarden herab.

Infolge der unerhörten Brotverteuerung hat der Reichsernährungsminister **den Brotpreis zwangsweise auf 80 Milliarden herabgesetzt.** Auf diese Nachricht hin wurden auch von den Kartoffelhändlern die Preise erheblich ermäßigt.

Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht eine Zusammenstellung auf Goldbasis, welcher Brotpreis berechtigt wäre. Unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Kosten: des Mehlpreises, der Frachten, Steuern, der Löhne, Verkaufskosten, des Verbrauchs an Kohlen, Gas, Elektrizität, Miete usw., sowie auch des berechtigten Gewinnes des Bäckermeisters kommt ein **Brotpreis** für ein Brot von etwa 1900 Gramm Gewicht **von 64,1 Goldpfennig** heraus. Am Montag war der **Dollarstand 420 Milliarden,** also hätte ein Brot **64,1 Milliarden** Mark kosten sollen. Statt dessen verlangten die Bäcker **140 Milliarden. Kein Wunder,** daß es zu Plünderungen kommt.

Die Plünderungen in Berlin.

Am Montag wurden in Berlin weit über tausend Geschäfte ausgeplündert. 129 Personen wurden verhaftet, 48 von diesen wieder freigelassen.

Am Dienstag gingen die Plünderungen weiter. Ein großer Teil der Geschäfte hat geschlossen und die eisernen Rollläden heruntergelassen. Auch die Hauptverkehrsstraßen der inneren Stadt bieten nahezu das Bild der Sonntagsruhe. Das „Scheunenviertel“, in dem es am Montag so arg hergegangen war, war durch ein starkes Aufgebot von Schutzpolizei abgesperrt. Die meisten Ausschreitungen ereigneten sich diesmal im Westen, in Charlottenburg. Lebensmittel-, Schuhwaren- und Konfektionsläden wurden ausgeplündert. Das Vorgehen der Plünderer war hier eigenartig: zehn bis zwanzig Personen rotten sich mit einem Schlage zusammen, dringen blitzschnell in einen Laden ein, raffen in wenigen Augenblicken alles, was sie erreichen können, zusammen und verschwinden dann schleunigst in den verschiedensten Richtungen. Es wurden auch Fleischerläden, Delikatessen- und Zigarrengeschäfte geplündert. In der Kantstraße wurden Privatautos angehalten, die Insassen herausgezerrt und ihrer Barschaft beraubt.

Auch in Moabit wurden Bäckerläden und Konfektionsgeschäfte vollkommen ausgeplündert. Die Märkte werden stark von Polizei bewacht.

Neues vom Tage.

§ **Auffindung der in Versailles gestohlenen Gobelins.** Die Diebe der Gobelins aus dem Schlosse von Versailles sind entdeckt und die beiden Gobelins aufgefunden. Der eine ist unversehrt, der andere war in zwölf Teile zerstückelt, die sich aber nach der Meinung der Sachverständigen wieder zusammensetzen lassen. Die Diebe sind ein Arbeiter Charles genannt Carlo und sein Freund. Die beiden Gobelins waren in einer Mansarde des Hotels in dem Zimmer Charles' versteckt worden. Die Wohnung liegt im alten Versailler Viertel, ganz nahe dem Schlosse. Der Diebstahl scheint viel einfacher ausgeführt worden zu sein, als die romantische Darstellung der Blätter vermuten ließ. Die Entdeckung Carlos wurde durch Fingerabdrücke ermöglicht, die er an der eingedrückten Fensterscheibe zurückgelassen hatte. Die Auffindung der Gobelins erfolgte nach einer Anzeige, über die von der Polizei nichts gesagt wird.

§ **Der Dollartaumel.** Der 60 Jahre alte frühere Landwirt Karl v. Willig, genannt v. Pöllnitz, der zuletzt in einem hiesigen? erstklassigen Hotel als Portier tätig war, hatte seine Dienste bisher zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausgeübt. Als ihm jetzt von einem Ausländer 100 Dollar und 250 holländische Gulden zur Aufbewahrung übergeben wurden, glaubte er zunächst, die halbe Welt erwerben zu können. Er verließ seine Stellung und verschwand mit den Devisen. Es wird angenommen, daß er sich nach dem besetzten Gebiet oder nach dem Auslande begeben hat. Auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine hohe wertbeständige Belohnung ausgesetzt.

Handel und Wirtschaft.

Von den Märkten.

Altmetalle. Berlin, 6. November. Es wurden notiert in Milliarden Mkd. je Kilogramm tiegelgerecht verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entsprechender Ab- bzw. Zuschlag: Altkupfer 70—80, Altrotguß 50—60, Messingspäne 45—50, Gußmessing 50—55, Messingabfälle 55—65, Altzink 25—30, Neue Zinkabfälle 35—40, Aluminiumblechabfälle 98—99, Lötzinn 120—130, Altweichblei 35—40.

Edelmetalle. Warschau, 6. November. (Freier Verkehr für 1 Gr. fein in Tausend Mkp.) Gold 1300, Platin 6400, Silber 38, Silberrubel 610. Neuyork, 5. November. Ausl. Silber 63.62.

Metalle. Neuyork, 5. November. Elektrolitkupfer 12.75 Bankazinn 41.87, Blei 6.75, Zink 6.37, Roheisen 22.25, Weißblech 5.50.

Oele und Fette. Hamburg, 6. 11. 23. Leinöl 49.5 Gulden, Pflanzenöl 42.10 Pfd. Sterling, Palmöl 42 Pfd. Sterling, Kokosöl 54 Gulden. Amerikan. Schmalz (Steamlard) 33.75 Dollar, raff. Fette und andere Standard Fette 35. 25—35.5 Dollar.

Baumwolle. Neuyork, 6. 11. 23. Baumwolle loko 32.50 Nov. 32.60, Dez. 32.75—32.80, Jan. 32.50, Febr. 32.61—62.68. Bremen, 6. 11. 23. Amerikan. Baumwolle loko 35.86 Dollar.

Produkten. Berlin, 6. 11. 23. (In Goldmark) Weizen (Märk.) 189—197.50, Roggen (Märk.) 184,50—189, Gerste 180.50 bis 184.50, Hafer 163—155, Roggen und Weizenkleie 8.00—8.40, Viktoriaerbsen 43—52, Speiseerbsen 33—36, Rapskuchen 15.50—16. Chicago, 5. 11. 23. (Dezembernotierungen) Weizen 106.12, Mais 74.25, Hafer 41,87, Roggen 69.50.

Leder und Häute. Posen, 6. November. Rohe Ware in 1000 Mkp. Rind ges. Pfd. 180, trock. 280 Kalb ges. 1700, trock. 1100, Hammel woll. ges. 90, trock. woll. 180, Ziege sort. Stck. 1350, ges. sort. 1100, Roß ges. 4500, trocken 4000, Fohlen ges. u. trock. 500, Winterkatze 120, Zickel Stck. 100, Reh Stck. 200, Winterhase 250, Kaninchen 150, Lamm 50, Roßhaar Pfd. 400, Mähnenhaar 200. Tendenz fester. Gegerbte Ware im Preise unverändert.

Künstl. Dünger. Kalusz, 30. 10. 23. (Festgesetzte Preise ab 2. 11. in 1000 Mkp.) Kainit 25 870 zuzügl. 181 410 Mkp. für Einfuhr und Stempelabgabe. Kali 20% 48600, 21% 51030, 22% 53460, 23% 55890, 24% 58320, 25% 60750, 26% 63180, 27% 65610, 28% 68040, 29% 70470, 30% 72900, 31% 75330, 32% 77760, 33% 80190, 34% 82620, 35% 85050. Alle Preise für 10000 kg loco Bahnstation Kalusz oder Stebnik ohne Verpackung, netto Kasse ohne Skonto und Rabatt.

Börse.

≠ **Posener Börse v. 8. 11. 23.** (Vorbericht, mittags 12,45.) Die heutige Börse zeigt weiterhin feste Tendenz für alle mittleren Werte. Alle leichten Papiere bleiben auf ihrem alten Stand. Die großen Papiere ändern ihre Haltung nur unbedeutend nach oben. Bankwerte überwiegend fest. Am größten schwankt Bk. Ziemian, die mit 55 000 einsetzt und dann abbröckelt, um den Stand vom letzten Börsentage am Dienstag zu erreichen. Dies Papier bleibt bei 45 000 fest. Bk. Zwiazku erreicht 200 000 zu Beginn und bleibt bei 220 000 G. gefragt. Przemysłowców zieht von 110 000 bis auf 135 000 an und bleibt fest. Bank Handlowy setzt mit 80 000 ein und erreicht den festen Stand von 110 000, Kwilecki Potocki erreicht zu Beginn 150 000 und bröckelt auf 130 000 ab. Bank Zjednoczenia bleibt bei 20 000 fest. Von den Industriepapieren sind stark gefragt Herzfeld, Unja, Wisła, Hartwig, Kantorowicz und Browar Krotoszyński. Die Maklertafel nennt bis zu diesem Augenblick folgende Kurse: Barcikowski 30—32, Cegielski 50—55, Centrala Rolników 7,5, Centrala Skór 95—105, Iskra 65—72, Pozn. Spółka Drzewna 65—70, Wisła 425—450, Wytw. Chemiczna 6, Młynotwornia 35—40—45 Tartak 10, Unja 400—425, Waggon 150, Bk. Handlowy 80—110, Brow. Krotoszyński 200, Papiernia 23—25, Płótno 60, Roman May 2000, C. Hartwig 20—22, Arkona 80—85—90, Juno 17, Pneumatik 9, Brow. Grodziskie 60—65, Młyn Ziemiański 65—67—75, Hartwig Kantorowicz 120, Herzfeld 300, Goplana 60 und Luban 3300. Alle Kurse für Industriepapiere in tausend Prozent.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 6. 11. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 885 700 (588 900), Mark 410 100 (163 500), Krone 348 700 (136 500), lateinische Münzeinheit 332 200 (136 500), Dollar 1 722 000 (787 100), Pfund Sterling 8 379 100 (sh. 171 100) schwed. Krone 461 300 (196 300), holl. Gulden 692 000 (309 100), österr. Dukaten 3 938 800 (fl. 363 400) belgische und holländische Dukaten 3 929 600, türkische Pfund 7 552 600. 1 g Feingold 1 144 330 (32 710).

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 6. 11.** Auszahlung 1 990 000 000 G., 2 010 000 000 B., Warschau —, Kattowitz 247 000 G., 253 000 B., Riga 1 637 000 000 G., 1 663 000 000 B., Reval 1 191 000 000 G., 1 209 000 000 B., Kowno —. Noten: polnische Mark 2[illegible]9 000 G., 251 000 B., lettische Rubel 1 560 000 000 G., 1 640 000 000 B., estnische Mark 1 130 000 000 G., 1 190 000 000 B., Litauen —.

≠ **Züricher Börse vom 6. November.** (Amtliche Schlußkurse). Warschau —,—, Neuyork 5 625, London 25,1025, Paris 32,425, Wien 0,007 930, Prag 16 45, Mailand 25 0625, Brüssel 27,875, Ofenpest 0,0304, Sofia 5.175, Amsterdam 217,85, Kristiania 83 75, Kopenhagen 96,00, Stockholm 148,25, Madrid 74,75, Bukarest 2,69, Berlin (für 1 Milliarde) —,—, Belgrad 6.50 Athen 8.50, Konstantinopel 3.25.

≠ **Wiener Börse vom 6. 11. 23.** (Poln. Werte in 1000 Kr. Rakszawa 132, Bank Hipoteczny 17.5, Malopolski 21, Browary 360, Mraznica 175, Tepege 95, Zieleniewski 270, Montany 190, Apollo 830, Fanto 4100, Karpaty 473.1, Galicia 24 500, Nafta 2500, Schodnica 1570, Lumen 73, Kolej Poln. (Nordbahn) 20 000, Lemberg-Tschernowitz 357, Tendenz leicht anziehend.

≠ **Die Goldmark in Polen** am 8. November errechnet aus der Warschauer Dollarparität (1 Dollar = 4.20 Goldmark) **429 000 M.**

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	8. November	6. November
Bank Centralny I.—III. Em. . .	—,—	60 000
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	150 000- 130 000	100 000—110 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	110 000-150 000	70 000—100 000
Bank Zjednoczenia I.—III. Em. . .	20 000	12 000—15 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	200 000-220 000	160 000-190 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	90 000—110 000 —90 000	60 000—80 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	55 000—45 000	25 000—45 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	6500	7000
Bank Młynarzy	9000	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.) .	80 000—90 000	70 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	30 000	—,—
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	30 000—32 000	27 500
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	200 000	180 000
Brzeski Auto I.—III. Em.	30 000	—,—
H. Cegielski I.—IX. Em.	51 000—55 000	51 000—47 000 —49 000
Centrala Rolników I.—VII. Em. .	7500	6000-8500-7000
Centrala Skór I.—V. Em.	95 000-105 000	85 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	50 000	40 000—45 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em. .	—,—	20 000
Goplana I.—II. Em.	60 000	—,—
C. Hartwig I.—VI. Em.	20 000—24 000	17 000—18 500
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	120 000	85 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—,—	6000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	5000—7000	4000—4500
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	40 000	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	300 000-330 000	260 000-270 000
Iskra I.—III. Em.	65 000—70 000	60 000—65 000
Juno I.—II. Em.	17 000	16 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	3 500 000-3 300 000	3 500 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	2 000 000-1 975 000	2 000 000-1 900 000
Młyn Poznański I.—III. Em. . .	67 500—65 000	27 500
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	—,—	65 000
Marinin Zakł. ogrodn. w Warszawie	25 000	24 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	35 000—45 000	35 000
S. Pendowski I.—III. Em.	23 000—25 000	21 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em. .	23 000—25 000	—,—
Patria I.—VIII. Em.	25 000	22 000
Płótno I.—II. Em.	60 000	—,—
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	65 000—70 000 —68 000	65 000—63 000
Pneumatik I.—III. Em.	9000	8000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	32 000	30 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em. . .	10 000—9 000	10 000—6000
Tri I.—III. Em.	40 000	40 000
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	400 000-425 000	370 000-390 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	150 000	150 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	425 000-450 000	400 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. ohne Bezugsrecht	6000	—,—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	60 000—65 000	60 000

Tendenz: stark.

Warschauer Vorbörse vom 8. November.

Deutsche Mark —,—. Dollar 1 682 000—1 700 000—1 800 000. Englische Pfund 7 860 000. Schweizer Franken 306 000. Franz. Franken 100 750.

Warschauer Börse vom 7. November.

Devisen:

Belgien	88 750—86 250	Goldfrank	332 000
Berlin und Danzig . .	—.—	Paris	103 000—98 500
London . .	7 950 000—7 525 000 —7 590 000	Prag	51 600—49 600
		Schweiz . . .	366 500—303 000
Neuyork . .	1 780 000—1 700 000	Wien	25,00—24,00
Holland	662 000	Italien	79 500—78 000

Zlotybons . . . 235 000—240 000

Berliner Börsenbericht

vom 7. November.

Disk.-Kom.-Anl. . .	15 Billionen	Auszahlung Holland	—.—
Auszahlung Warschau	—.—	„ London	2 Bill. 800 Milliard.
Polnische Noten . .	370 000.—	„ Neuyork	630 Milliarden

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Die glückliche Geburt eines

kräftig. Stammhalters

zeigen an

Helmut Burghardt u. Frau
Helene, geb. **Martini.**

Dąbrówka kuj., den 5. November 1923.

Dienstag früh entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Maria Lange

geb. **Scholz.**

In tiefer Trauer
Die Kinder.

Posen, den 6. November 1923.

Beerdigung findet Freitag, nachmittag 3 Uhr vom St. Josefstift, ul. św. Józefa, aus statt.

Forstwirtschaftspläne

wie sie z. Zt. von der Regierung gefordert werden, **fertigt schnellstens an.**

Forsttechnische Beratung

speziell für Dauerwaldwirtschaft, übernimmt

Oberförster Rolle, Linie,
Post **Zembowo**, Kreis **Nowy Tomyśl.**

Park- und Gartenanlagen

Neuanlage sowie Umgestaltung

fachm. Beratung, Übernahme der Aufsicht u. Pflege.

O. Thon, Poznań
ul. Glogowska 109.

Besuch zwecks Information unverbindlich, gegen Erstattung der Reisespesen.

„TRANSEXIM"
Dom Expedycyjno-Handlowy
wł. Eugenjusz Ostrowski
(konzessioniert durch das Finanzministerium)
Poznań, ul. Fredry 2. — Telephon 18-25
erledigt **Verzollung, Expedition, Abfuhr Inkasso, Lagerung** usw.
Provision entsprechend den Vorschriften des Zollamts.

Alt-Blei

von alten Bleiröhren (Weichblei), sowie alle leere Zinn- u. Bleituben
kauft jedes Quantum

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat November 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Durch den am 6. d. Mts. plötzlich infolge Herzschlags erfolgten Tod unseres allgemein verehrten Pfarrer und Seelsorgers

Herrn Pfarrer Werner

ist die Gemeinde in schmerzliche Trauer versetzt worden und sieht sich von neuem verwaist.

In tiefer Dankbarkeit werden wir dem verehrten Heimgegangenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Der evgl. Gemeindekirchenrat, die Gemeindevertretung und die Diakonissenstation.

Mogilno, den 8. November 1923.

Bekanntmachung.

Infolge der weiteren Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise und Arbeitslöhne sieht sich der Magistrat veranlaßt, den bisherigen Preis

für Gas auf 50 000 Mark für 1 Kubikmeter
für Koks auf 450 000 Mark für 1 Zentner

mit Gültigkeit vom 8. d. Mts. — bei Koks von sofort — zu erhöhen. Gleichzeitig teilen wir unseren Abnehmern mit, daß unsere Inkassenten von nun an bei Begleichung der Gasrechnung Quittungen über bereits geleistete Vorschüsse an Geldes Statt in Zahlung nehmen werden.

Der Magistrat XI. 2.

Basler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuerschaden

Denjenigen **Herren Aktionären**, welche an der am **10. Oktober d. Js.** stattgefundenen **außerordentlichen Generalversammlung** nicht teilgenommen haben, teilen wir hierdurch mit, daß sämtliche seinerzeit bekanntgegebene Traktanden im Sinne der Anträge des Verwaltungsrates **angenommen** worden sind.

Als neues Mitglied des Verwaltungsrates ist
Herr A. Morell-Vischer
Delegierter des Verwaltungsrates der Basler Handelsbank in Basel gewählt worden.

Basel, den 16. Oktober 1923.

Der Verwaltungsrat.

Schmiedeeinrichtung oder Stauchmaschine einzeln **kauft**
Dom. Jabłkowo, p. Popowo kośc., pow. Wągrówiec.

---

8 PS. „Afra"-Motor

für flüssige Brennstoffe, fahrbar, in bestem Zustande, hat preiswert abzugeben. **Will, Jagniewice, p. Kiszkowo.**

Eine Lanz'sche Strohpresse
verkauft
H. Methner, Maschinenfabrik
Bojanowo, pow. Rawicz.

Kaufe jeden Posten
[nur waggonweise]

Fabrikkartoffeln

und zahle für 100 Kilo 760 000 Mk.

Speisekartoffeln zu höchsten Tagespreisen.

Sofortige Zahlung.

Osteuropäisches Handelshaus,
Poznań, Mickiewicza 28. (9924

Telephon: 3347. — Telegr.-Adr.: **Ostropa Poznań.**

Wolle

ungewaschene, kaufe ich und zahle die höchsten Preise. Tausche Wolle aus gegen Strickwolle, Wollwaren, Trikotagen u. Teppiche eig. Fabrik.

W. Olszański, Poznań (862
św. Marcin 56. — Tel. 20-31.

Ich bitte auf meine seit 1916 bestehende Firma zu achten.

Reparaturen

an **Zentrifugen, Nähmaschinen, Fahrrädern.**

Großes Lager von **Zubehör** und **Gummis.** (9715

Alfred Jaensch, Rogoźno

Tauschgesuch!
Neue komplette

Mühleneinrichtung

in Deutschland (Wert zirka 12 000 Dollar) ist gegen eine mittlere Mühle im Gange oder Landwirtschaft in Polen zu vertauschen. Zuschr. an **Przykuta, Lubliniec, Śląsk.**

Sofort lieferbar!
Neu:

Wir empfehlen das Moden-Journal

Chic et Pratique
Winter 1923/24
Preis 100 000 Mark.

Nach auswärts unter Nachnahme, mit Zuschlag von Porto- und Verpackungsspesen.

Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wohnungen

Studienassessor
vom Deutschen Gymnasium
sucht gut möbliertes

Zimmer.

Angebote unter **9910** an die Geschäftsstelle dies. Blattes.

Gut möbliertes

Zimmer

nur an beff. Herrn zu vermiet. Angebote unter **9921** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Größ. Zimmer

möbl. od. unmöbl., sucht eine Dame mit 3jähr. Kinde, mögl. mit Küchenbenutzung. Abstand resp. Miete auf läng. Zeit im Voraus wird gezahlt. Adr.: **Fr. Berndt, Pensionat Nowecka, Gwarna 17 II.**

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 9. November, abends 4 Uhr.
Sonnabend, morg. 7¼ Uhr, vorm. 10 Uhr
„ nachm. 4¼ Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt.
Sabbatausgang abends 4 U. 54 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 4¼ Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.

Freitag, 9. November, abends 5 Uhr.
Sonnabend, 10. November, vorm. 10 Uhr.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, 8. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper v. Mascagni und **„Bajazzo"**, Oper von Leoncavallo.
Freitag, 9. 11., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.
Sonnabend, 10. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper v. Mascagni und **„Bajazzo"**, Oper von Leoncavallo.
Sonntag, 11. 11., nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Vorführung der „Tanzkunst."**
„ Abends 7½ Uhr: **„Carmen"**, Oper von Bizet.

Gesucht wird von sofort oder spätestens 1. Dezember einen unverheir.

Rechnungsführer,

Deutsch und Polnisch in Wort und Schrift mächtig, der sich auch etwas um die Außenwirtschaft bekümmern muß. Gehalt nach Übereinkunft, eventl. Wäsche und Betten. Anfragen bitte zu richten an (9904

Lehmann-Nitsche, Goeanowo b. Kruszwica.

Zeitungsausträger(innen)

können sich melden in der
Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes".

Buchhalterin

gesucht für sofort, die beide Landessprachen beherrscht und Maschine schreibt, eventl. auch Anfängerin. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche bei freier Station erbittet

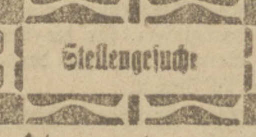
Bleeker-Kohlsaat, Wielka Słupia, pow. Środa.

Hauslehrerin
(Lycealkraft)

wird von sofort oder später für Mädchen von 8 Jahren aufs Land gesucht. Offerten unter **9893** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Jg. rout. Buchhalter,

versiert mit allen vork. Büroarbeit., sucht, gestützt auf Ia Empfehlungen u. Zeugn. entsprechende Position. Gefl. Ang. u. **9686** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.



Hausdame

mit besten Zeugnissen **sucht Stellung** in **frauenlosem Haushalt** p. bald od. später. Land bevorzugt. — Angebote unt. **G. B., Krotoszyn,** ul. Rawicka 6. (9917

Kontoristin,

evgl., m. Stenogr. u. Schreib. vertraut, sucht p. sof., evtl. 1. 1. 24 Stellg., auch Umg. Off. u. **9882** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Deutsche Wirtin,

in ungekündigter 8jähriger Stellung, sucht zum 1. 1. 24 selbständige Stellung. Bin firm in gut. bürgerl. Küche, Einmachen, Backen, ferner Kälber-, Geflügel- u. Schweinezucht, sowie im Gemüsebau. Gefl. Off. u. **L. 9901** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junge Dame sucht Stellung bei besserer Familie als

Gesellschafterin, Hausstütze od. Kinderfräulein

in der Stadt oder auf dem Lande. Off. u. **9896** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Evgl. junges Mädchen

aus gutem Hause **sucht Beschäftigung** als **Stütze der Hausfrau** oder für **Büroarbeiten.** Offert. unt. **C. A. 9911** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Magistratssekretär,

ehemaliger Städtischer Polizeiinspektor (Kleinpolen), Deutscher, evangel. Religion, ledig, 37 Jahre alt, der deutschen, polnischen u. ukrainischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig, **sucht entsprechende Anstellung.** Gefl. Anträge bitte an Adresse **Dreßler, Lwów, ul. Szeptyckich 32.**

Suche Anleihe

in **Dollar, Pfund** oder and. **starker Valuta,** gebe **hohen** monatl. **Zinsfuß.** Angebote unter **„Anleihe"** an **Aktien Ges. „Reklama Polska", Aleje Marcinkowskiego 6.** (672

Sofort lieferbar!

Wir offerieren zum Kauf:

Sylwaschy, Die Giftprüfung und die Konzession zum Handel mit Giften, brochiert.
Drechsler, Der junge Drogist, Lehrbuch für Drogisten und den Selbst-Unterricht, geb.
Braun, Die Seifenfrikation, die Seifenanalyse und Kerzenfabrikation, mit 25 Abbildungen, geb.
Schmidt, Geschichte des Welthandels, geb.
Butler, Die Amerikaner, gebunden.
Dr. Mollat, Volkswirtschaftliches Quellenbuch

Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abt.: **Versandbuchhandl.,**
Zwierzyniecka 6.

Eich. Eßzimmer mod. Küchen,

weißlackierte **Kindertische u. Stühlchen** zu verkaufen.
R. Pfeiffer, Möbelfabrik,
Poznań, ulica Mickiewicza 9.
Gegründet 1873.

Sofort lieferbar!
Neu:

Brockhaus, Kleines Konversationslexikon, 4 Bde. gebunden. (Der letzte Band ist soeben erschienen).
Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, 2 Bde., geb.

Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Teatr Pałacowy plac Wolności 6. **„Intrige" - „Das geheimnisvolle Brandmal". III. u. IV. Serie: „Die 3 Musketiere"**

Anfang der Vorstellungen um 3½, 6 und 8½ Uhr.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 7. November.

Stadtverordnetensitzung.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung gab der Versammlungsleiter Dr. von Mieczkowski ein Schreiben der Straßenbahnangestellten bekannt, in dem diese materielle Forderungen stellen. Der Magistrat, dem die Angelegenheit überwiesen wurde, wird in den nächsten Tagen dazu Stellung zu nehmen haben.

Bei der Beratung der Tagesordnung fielen zunächst einige Punkte aus, da die Berichterstatter noch nicht anwesend waren. Nach Bestätigung einer Wahl berichtete Stadtv. Sieradzki über eine rund 100prozentige

Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne,

die vom 1. November Gültigkeit hat.

Die Angelegenheit der

Anliegerbeiträge

erörterte Stadtv. Ballenstedt. Auch hier mußte die Höhenschraube in Tätigkeit gesetzt werden. Die Vorlage, die eine bedarfsmäßige Erhöhung der erwähnten Gebühren vorsieht, gibt dem Magistrat die Möglichkeit der Prolongierung.

Stadtv. Bugzel richtete in der Befürchtung einer Hemmung der Bautätigkeit an den Magistrat die Bitte, nach Ablauf von 3—4 Monaten der Stadtverordnetenversammlung einen Ausweis über das Verhältnis der Anliegerbeiträge zu den Baukosten vorzulegen.

Zur Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

sprach Stadtv. Wybieralski. Die rasche Aufeinanderfolge der Erhöhungen des Straßenbahntarifs läßt ein nochmaliges Ansetzen der Höhenschraube noch im Laufe des Novembers befürchten. Hoffen wir aber, daß wir den falschen Propheten gespielt haben. Einstweilen heißt es, sich mit einer wieder 100 Prozent betragenden Tariferhöhung abzufinden. Der doppelte Tarif soll nicht von 9 Uhr, sondern erst von 10 Uhr abends in Kraft treten, da man sonst wohl mit einer Abnahme des Zuspruchs zu rechnen hätte.

Stadtv. Kowalewski kritisierte das Verhalten der Straßenbahndirektion gegenüber verschiedenen Angestellten. Es handelt sich hier um bereits zugestellte Kündigungen und solche, die noch in Aussicht stehen sollen.

Stadtv. Stachecki wandte sich ebenfalls gegen die bereits getroffenen oder noch geplanten Maßnahmen der Direktion, die die Arbeitslosigkeit steigern dürften, was angesichts des Winters ganz besonders schlimm sei.

Auch Stadtv. Budzyński geißelte das Vorgehen der Straßenbahndirektion. Der Magistrat habe hier die moralische Pflicht, dafür zu sorgen, daß dem Straßenbahnpersonal kein Unrecht geschicht.

Auf Antrag des Stadtv. Kowalewski wurde eine Entschließung angenommen, in der das Verlangen ausgedrückt wird, die Kündigungen zurückzunehmen und keine weiteren vorzunehmen.

Für die Ausstattung des Laboratoriums der städtischen Baupolizei

und dessen Umgestaltung in eine Versuchsstation, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Festigkeit von Ziegeln, Zement, Eisen und von anderen Baumaterialien zu prüfen, wurden 20 Millionen Mark bewilligt.

Tabaksverkauf an Sonn- und Feiertagen.

Die Angelegenheit der Eralubnis für bestimmte Invaliden, auch an Sonn- und Feiertagen Tabakserzeugnisse in Kiosken verkaufen zu dürfen, erfuhr eine ausgedehnte Erörterung.

Stadtv. Budzyński erklärte, daß man vom moralischen Standpunkt aus für den Antrag sein müsse, daß dieser aber, vom rechtlichen Standpunkt betrachtet, dem Feiertagsgesetz zuwiderlaufe.

Stadtv. Wybieralski stellte fest, daß des Sonntags auch verschiedene Kolonialwarengeschäfte und Konfitürenläden geöffnet hätten. Was die Vorlage betreffe, so solle der Magistrat statt der Verkaufserlaubnis den betreffenden Invaliden eine Entschädigung zukommen lassen.

Stadtv. Stachecki erklärte, daß die Vorlage durchführbar sei, da sie sich auf eine Verfügung des Wohlfahrtsministeriums stütze. Übrigens bringe gerade der Sonntag viel ein.

Stadtv. Maciejewski schlug wegen angeblicher Unklarheit in der Verfügung vor, die Vorlage an den Rechtsausschuß zu überweisen.

Die Abstimmung ergab einen knappen Sieg der Linken, die für sofortige Entscheidung der Angelegenheit eintrat. Drei Stadtverordnete der Rechten stimmten gegen die Überweisung an den Rechtsausschuß. Die Vorlage wurde dann angenommen.

Stadtv. Perliński interpellierte darauf in Sachen des

Verkaufs billigeren Brotes

an die ärmere Bevölkerung und in Sachen der Organisation von Stadtküchen. Posen habe alle Vorbedingungen, um in philanthroper Weise rege tätig zu sein. Redner wies u. a. auf die Messehallen hin, die als geeignete Aufbewahrungsstellen für Kartoffeln, Möhren usw. in Benutzung genommen werden könnten.

Nach der Erwiderung des Stadtrats Podolka, der u. a. mitteilte, daß mit einem Komitee Fühlung genommen werden solle, dem die Organisierung und Unterhaltung von Stadtküchen obliegen würde, setzte eine Aussprache ein, in deren Verlauf stellenweise vom Thema abgewichen wurde.

Stadtv. Sieradzki verlangte vom Magistrat, die brach liegenden Angelegenheiten der Stadtwirtschaft energisch in Angriff zu nehmen.

Stadtv. Sniady fragte an, was der Magistrat mit den in einer der letzten Sitzungen bewilligten 10 Milliarden zu tun gedenke.

Stadtrat Podolka teilte dann mit, daß Verhandlungen über Holz- und Kohlenlieferungen im Gange seien. Bezüglich der Kohle seien einstweilen unannehmbare Bedingungen gestellt worden. Was das Holz betrifft, so stehen die Sachen günstiger.

Stadtv. Szulczewski regte zum Schluß der Sitzung an, die Heranschaffung und den Verkauf von Seefischen ins Auge zu fassen. Die Bahn würde, wie ihm versichert worden sei, nicht die geringsten Schwierigkeiten machen.

Vizepräsident Dr. Kiedacz nahm die Anregung zur Kenntnis, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die Angelegenheit der Stadttheaterverträge kam nicht zur Sprache. Es verlautet, daß der Ausschuß die Verträge nicht zur Kenntnis genommen haben soll.

Spenden. Für die Stadtarmen spendete die Chemische Fabrik von Dr. Roman May 10 Millionen Mark.

Für nach Amerika Ausreisende. Polen, die das amerikanische Visum nach dem 12. September d. Js. erhalten haben, werden, wie Lodzer Blätter melden, in einer Zahl von 1500 noch in diesem Jahre nach Amerika reisen dürfen, da für den Monat Dezember noch 1500 Registriernummern für polnische Auswanderer erteilt wurden.

Eine Einzelfahrt der Posener Straßenbahn kostet seit heute früh 20 000 Mk., nachdem die Stadtverordnetenversammlung gestern den entsprechenden Antrag genehmigt hatte.

Firmaänderung. Komunalny Związek Kredytowy w Poznaniu (Kommunaler Kredit-Verband) lautet jetzt die Firma für den „Związek Komunalnych Kas Oszczędności w Poznaniu“ (Verband Kommunaler Sparkassen in Posen). Die Geschäftsräume genannter Bank befinden sich jetzt ul. 27. Grudnia (fr. Berlinerstr.) 8. Interessenten verweisen wir auf die Anzeige in der vorliegenden Nummer.

Der Opfertag der evangelischen Christuskirche am vergangenen Sonntag hatte, wie bereits im „Pos. Tagebl.“ angegeben wurde, 1 878 000 Mk. erbracht. Inzwischen sind aber noch 2 800 000 Mk. von einzelnen Gebern eingegangen, zusammen also 4 678 000 Mk. Freilich, was bedeutet das für den Ankauf einiger Zentner Kohle, die jetzt für unsere Armen am dringendsten nötig sind; denn Lebensmittel sucht man schon auf irgend eine Weise ohne Geld zu verschaffen. Die Gemeindeglieder, die sich bisher noch nicht an der Spende beteiligt haben, werden herzlich gebeten, dies nachzuholen. Es wird ferner herzlich gebeten, beim Geben nicht auf die Zahl der Nullen zu sehen, sondern auf das, was dafür zu beschaffen ist.

Die allwöchentlich übliche Gaspreiserhöhung hat auch in dieser Woche nicht auf sich warten lassen: Wie eine Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteil kundgibt, hat er sich infolge der weiteren Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise und der Steigerung der Arbeitslöhne veranlaßt gesehen, den Preis für ein Kubikmeter Gas von bisher 33 000 Mk. auf 50 000 Mk. zu erhöhen. Bei einem Monatsdurchschnittsverbrauch von 40 Kubikmetern hat man demnach ohne die Gasmessermiete 2 Millionen Mk. zu bezahlen, gegen 5 Mk. in der Vorkriegszeit. Der Kokspreis ist für den Zentner auf 450 000 Mk. emporgeschnellt.

Der Posener Handwerkerverein bittet uns um folgende Mitteilung: Um die umfangreichen Vorbereitungen für den Teeabend treffen zu können, muß die Ausgabe der Ausweiskarten am Sonnabend, dem 10. d. Mts., 6 Uhr nachmittags, geschlossen werden. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Die Veranstaltung selbst beginnt Dienstag, den 13. d. Mts., pünktlich 7 Uhr abends; um 8 Uhr wird der Haupteingang geschlossen.

X **Die Beute der Erzgaunerin.** In der letzten Sonntagausgabe berichteten wir von der Verhaftung einer großzügigen Schwindlerin. Inzwischen ist es der Kriminalpolizei gelungen, in die Tätigkeit der angenehmen jungen Dame etwas hineinzuleuchten und ihr einen Teil ihrer Beute abzunehmen und den rechtmäßigen Eigentümern wieder zuzustellen. So hatte sie in einer Wohnung der St. Martinstraße eine Golfjacke, ein Hemd, einen Unterrock und zwei Taillen im Werte von 10 Millionen Mark, aus einem Geschäft an der ul. Wjazdowa (fr. Am Berliner Tor) 3 Mundtücher, ein Hemd, eine Untertaille im Werte von 4 Millionen Mark, aus einem Laden in der St. Martinstraße zwei Hemden, zwei Unterröcke im Werte von 10 Millionen Mark, aus einem Laden an der Krämerstraße ein Paar Damenunterbeinkleider, eine Untertaille, zwei Paar Strümpfe, ½ Dutzend Taschentücher, ein Hemd im Werte von 10 Millionen Mark gestohlen. Außerdem hat sie mehrere Läden am Sapiehaplatz und an der Glogauer Straße besucht, sie will aber dabei nichts gestohlen haben. Noch nicht ermittelt sind der Eigentümer eines wertvollen neuen Damenlederhuts und eines gelbbraunen Damenfilzhuts, die bei ihr beschlagnahmt wurden. Sie will sie zwar geschenkt erhalten haben, vermutlich aber sind sie ebenfalls irgendwo gestohlen worden und können im Zimmer 37 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X **Nach länger als Jahresfrist aufgeklärter Raubüberfall.** In der Nacht zum 2. Oktober 1922 war, wie seinerzeit von uns berichtet wurde, in dem Dorfe Sucharzewo, Kr. Schrimm, von drei maskierten Räubern auf ein Bauerngehöft ein Raubüberfall verübt worden, bei dem mehrere Schüsse abgegeben, die Tochter des Landwirts durch einen Messerstich verwundeten und die frechen Räuber schließlich durch Stockprügel des Bauern verjagt wurden. Inzwischen hat die Kriminalpolizei unausgesetzt nach den frechen Räubern geforscht, und es ist ihr jetzt gelungen, diese in drei Posener Arbeitern, dem 24jährigen Johann Płotkowiak, dem 27jährigen Kasimir Klawy und dem 27jährigen Bronislaus Trawiński festzunehmen. Alle drei sind geständig.

X **Schnell aufgeklärter Millionendiebstahl.** Vorgestern nacht wurde in Dembsen ein 200-Millionendiebstahl verübt. Bei einer von Beamten des 5. Kommissariats vorgenommenen Polizeistreife wurden in den in der Nähe belegenen Forts die gestohlenen Herren- und Damen-Kleider und Wäschestücke aufgefunden und die drei Einbrecher ebenfalls ermittelt und festgenommen. Es handelt sich um drei Obdachlose, den 23jährigen Ludwig Augustyniak, den 19jährigen Wladislaus Wojciechowski und den 22jährigen Simon Brzwokil.

X **Mißlungener Einbruchsdiebstahl.** Im Laden des Kaiserschen Kaffeegeschäfts in der ul. Dąbrowskiego 50 (fr. Gr. Berliner Straße) wurde eine Schaufensterscheibe von Einbrechern zertrümmert. Gestohlen wurde jedoch nichts.

X **Ihre Beute im Stiche gelassen haben gestern mehrere Dachrinnenräuber,** die gestern mittag mit einer unglaublichen Unverfrorenheit vom Hause Schützenstraße 31, d. h. in der Nähe des Petriplatzes, etwa 12 Meter Dachrinne entfernten, aber bei der Arbeit überrascht und verscheucht wurden.

X **Große Diebstähle.** Gestohlen wurden: bei einer Lederfirma in der Großen Gerberstraße 12 Stück Juchtenleder, 32 Schäfte usw. im Werte von 25 Milliarden Mark; von einem Handwagen in der ul. Woźna (fr. Büttelstraße) zwei Säcke mit Zucker; in der Nacht zum Mittwoch aus einem Laden in Wilda 26 Damenhüte im Werte von 100 Millionen Mark; aus einer Wohnung am Sapiehaplatz 4 ein Flauschmantel, ein Paar Damen- und ein Paar Schaftstiefel, ein dunkelblaues Kleid, 7 Handtücher, Damen- und Herrenhemden im Werte von 80 Millionen Mark; von einem Hofe an der ul. Dąbrowskiego 81 (fr. Große Berliner Straße) 4 Tonnen Zement im Werte von 4 Millionen Mark.

X **Polizeilich festgenommen wurden gestern:** 5 Dirnen, 1 Zuhälter, 4 Bettler, 8 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 2 wegen Umhertreibens, 5 gesuchte Personen.

---

* **Berent,** 6. November. Die bisherige Kreissparkasse hat vor einiger Zeit alle ihre Hypothekenschuldner zur Abzahlung der Hypotheken, unter Zugrundelegung des Satzes: eine Friedensmark gleich 5000 polnische Mark, aufgefordert. Sehr viele Schuldner sind darauf eingegangen und haben ihre Hypothekengelder zurückgezahlt.

lg. **Gollantsch** 7. November. Im benachbarten Morkau entstand auf dem Gehöft des Landwirts Backmeyer dadurch ein Brand, daß der Schornstein der Futterküche an einer Stelle durchbrannte. Dank der herrschenden Windstille gelang es der örtlichen Feuerspritze bald, das Feuer zu löschen, so daß nur der obere Teil des Schweinestalles verbrannte.

* **Konitz,** 7. November. Auf Grund einer Anordnung des Wojewoden verfügte der Starost von Konitz, sowie das städtische Polizeiamt, daß bis auf Widerruf der Ausschank von Alkohol in der Stadt Konitz verboten ist.

* **Neutomischel,** 7. November. In Albertoske brannte dem Landwirt Bruno Poese ein massiver Stall, gefüllt mit Hafer und anderen Futtervorräten sowie einigen landwirtschaftlichen Maschinen, nieder. Der Schaden beläuft sich auf über 250 Millionen Mark.

p. **Schroda,** 7. November. In Groß-Slupia wurde in der vergangenen Nacht eine achtjährige Kuh aus dem Stalle eines Landwirts geholt und von den Dieben unterwegs abgeschlachtet. Sie fuhren dann mit ihrer wertvollen Beute auf und davon.

* **Tuchel,** 2. November. Die Inhaber der Getreidefirma M. Lehmann & Co. hier, die Kaufleute Artur Schwarz und Bernhard Lamparski, die, wie bereits berichtet, nach der Durchsuchung der Geschäftsräume zum Gericht sistiert und dann verhaftet wurden, wurden nach eintägiger Haft wieder entlassen; am Entlassungstage jedoch, gegen Abend, wurden beide aufs neue festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis in Konitz zugeführt. So berichtet die „Deutsche Zeitung für Pommerellen“.

Briefkasten der Schriftleitung.

Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

C. Kr. Sie irren mit der Annahme, daß das Gesetz, nach dem bis zu 4 Zimmerwohnungen dem freien Verkehr entzogen werden sollen, vom Sejm bereits angenommen sei. Es handelt sich dabei lediglich um Vorschläge des Ausschusses für das neue Mieterschutzgesetz. Nach dem bisherigen Gesetz ist die Kündigung von Läden mit Wohnungen im allgemeinen ausgeschlossen. Ob das neue Gesetz daran etwas ändern wird, können wir Ihnen nicht sagen.

G. Nr. 718. Da der Preis von 4½ Millionen verabredet und von Ihnen auch vor der Lieferung bezahlt war, muß der Schuhmacher die Stiefel zu diesem Preise liefern. Unter uns gesagt: wir halten den jetzt geforderten Preis von 9 Millionen Mark selbst unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen für übertrieben hoch.

Aus den Kinos.

≡ **„Die drei Musketiere.“** Seit langem, seit der „Frau mit den Millionen“ ist ein derartig starker Besuch des Teatr Palacowy wie jetzt nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Der unerhörte Erfolg dieser phänomenalen Filmleistung, unbestritten der schönsten, die die Pariser Pathé-Werkstätten bisher aufzuweisen haben, erklärt sich mit der ungewöhnlichen Popularität der Werke des genialen Alexander Dumas sowie mit der unvergleichlichen Anziehungskraft, die dieselben auf weiteste Kreise ausüben. Die gleichzeitige Vorführung beider Serien (12 Akte) bietet jetzt Gelegenheit, ein so hervorragendes Werk, wie „Die drei Musketiere“, als Ganzes zu genießen und gebührend zu würdigen.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Na mocy uchwały Sejmiku Związku Komunalnych Kas Oszczędności w Poznaniu, powziętej w dn. 14 grudnia 1922 r., a zatwierdzonej uchwałą Wojewódzkiego Sądu Administracyjnego w Poznaniu z dnia 16 stycznia 1923 r. (L. dz. U. 123/23 S. A.), jakoteż na zasadzie Rozporządzenia Rady Ministrów z dnia 11 maja 1923 r. (Dziennik Ustaw R. P. Nr. 55 poz. 390) i postanowienia Ministra Skarbu w porozumieniu z Ministrem Spraw Wewnętrznych z dnia 20 sierpnia 1923 r. (L. 5161/III) wszedł w życie nowy statut zrzeszenia powiatów i miast Województw Poznańskiego i Pomorskiego, istniejącego dotychczas pod nazwą „Związek Komunalnych Kas Oszczędności w Poznaniu". Nazwa tego zrzeszenia brzmi obecnie:

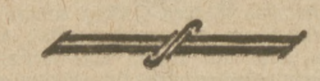
Komunalny Związek Kredytowy

w Poznaniu.

Na mocy §§ 33 i 107 statutu Komunalnego Związku Kredytowego w Poznaniu w miejsce dotychczasowej firmy przedsiębiorstwa bankowego Związku (Bank Komunalnych Kas Oszczędności w Poznaniu) wstępuje firma:

Komunalny Bank Kredytowy

w Poznaniu.



Wyciąg ze statutu Komunalnego Związku Kredytowego w Poznaniu:

§ 1. Komunalny Związek Kredytowy jest Związkiem, utworzonym na mocy ustawy o związkach celowych z dnia 19 lipca 1911 r. (zbiór ustaw, str. 115). Według § 6 tej ustawy i § 4 niniejszego statutu Związek posiada prawa korporacji publicznej.

§ 2. Związek ma na celu popieranie wszelkich bezpośrednich i pośrednich interesów związków komunalnych natury pieniężnej, finansowej, kredytowej i w ogólności gospodarczej.

§ 3. Siedzibą Związku jest miasto Poznań.

§ 4. Członkiem Związku może być za jego zgodą każdy powiat i każda gmina Województw Poznańskiego i Pomorskiego.

§ 5. Przyłączenie powiatu (gminy) postanawia Wojewódzki Sąd Administracyjny w Poznaniu na podstawie uchwały sejmiku powiatowego (rady miejskiej, gminnej) oraz oświadczenia wydziału powiatowego (magistratu, zarządu gminnego).

§ 8. Związek pobiera od swych członków na pokrycie kosztów, połączonych z utrzymaniem urządzeń Związku, składki.

§ 9. Członkowie Związku odpowiadają wobec Związku za jego zobowiązania swym majątkiem i swą siłą podatkową w tym samym stosunku, w którym są obowiązani do opłacania składek.

§ 11. Władzami Związku są: a) Sejmik Związku, b) Wydział Związku, c) Komisja Rewizyjna, d) Prezes Związku.

§ 12. Sejmik Związku składa się z delegatów członków. Każdy członek może wysłać tylu delegatów, ile mu na Sejmiku Związku przysługuje głosów, najwyżej jednak 4 delegatów.

§ 19. Wydział Związku składa się z 12 członków, wybranych z grona delegatów członków Związku, przy uwzględnieniu stosunku ogólnej ilości głosów członków z Województwa Poznańskiego do ogólnej ilości głosów członków z Województwa Pomorskiego.

§ 23. Wydział Związku jest powołany do powzięcia uchwał we wszystkich sprawach, które należą do zakresu działania Związku, a nie są zastrzeżone Sejmikowi Związku, w szczególności Wydział Związku, a) ustanawia regulaminy i instrukcje, b) nadzoruje czynności Prezesa Związku oraz innych podległych mu organów wykonawczych Związku, c) przyjmuje i rozpatruje zażalenia na działalność tych organów, d) uzgadnia ich współpracę.

§ 27. Do sprawdzania rachunków Związku łącznie z rachunkami Banku ustanawia się Komisję Rewizyjną, złożoną z trzech członków oraz tyluż zastępców, których wybiera Sejmik Związku corocznie z grona delegatów członków Związku.

§ 29. Prezesa Związku wybiera z pośród siebie Wydział Związku na czas jego przynależności do Wydziału Związku.

§ 30. Prezes Związku jest naczelną władzą wykonawczą Związku i reprezentuje go na zewnątrz, tak przed jak poza sądami.

§ 31. Zakres działania Związku obejmuje wszelkie czynności, które służą do osiągnięcia celu, oznaczonego w § 2. Do czynności tych należy mianowicie: 1. Utrzymywanie Biura Związku. 2. Prowadzenie przedsiębiorstwa bankowego. 3. Rewidowanie kas oszczędności, banków komunalnych i kas komunalnych. 4. Urządzanie kursów instrukcyjnych dla urzędników i funkcjonarjuszów kas oszczędności, banków komunalnych i kas komunalnych. 5. Wydawnictwo czasopisma Związku.

§ 33. Przedsiębiorstwem bankowem Związku jest Komunalny Bank Kredytowy. Pod tą firmą, zapisaną do rejestru handlowego, wykonuje Związek wszelkie czynności bankowe, nabywa prawa i przejmuje na siebie zobowiązania. Według § 1808 kodeksu cywilnego oraz art. 76 ustawy wykonawczej do kodeksu cywilnego posiada Bank przywilej pupilarnej pewności.

§ 35. Bank jest wyposażony przez Związek w kapitał zakładowy, utworzony z nadzwyczajnych składek członków Związku.

§ 41. Komunalny Bank Kredytowy obejmuje następujące działy: 1. Dział Bankowy. 2. Dział Komunalny. 3. Dział Hipoteczny oraz 4. Dział Handlowy.

§ 44. Do zakresu czynności Działu Komunalnego należy: 1. udzielanie długoterminowych pożyczek komunalnych, 2. wydawanie obligacji komunalnych oraz 3. załatwianie wszelkich innych spraw w celu popierania długoterminowego kredytu komunalnego.

§ 75. Do zakresu czynności Działu Hipotecznego należy: 1. udzielanie pożyczek hipotecznych, 2. wydawanie obligacji mieszkaniowych oraz 3. załatwianie wszelkich innych spraw w celu popierania długoterminowego miejskiego kredytu hipotecznego.

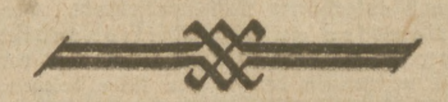
§ 93. Do zakresu czynności Działu Handlowego należy: 1. prowadzenie towarowego interesu komisowego w zastosowaniu do potrzeb związków komunalnych, 2. pośredniczenie w zawieraniu umów przez związki komunalne w przedmiocie nabywania i zbywania towarów wszelkiego rodzaju oraz 3. załatwianie wszelkich innych spraw, wynikających z czynności wymienionych pod 1. i 2.

§ 102. Związek pozostaje pod nadzorem państwowym.

§ 103. Komisarz Rządowy ma prawo wglądać w całą gospodarkę Banku, w szczególności brać udział, o ile chodzi o sprawy Banku, w posiedzeniach Wydziału Związku i w zebraniach Sejmiku Związku, na które winien być zawsze w czas zapraszany.

§ 104. Rozwiązanie Związku postanawia na skutek odpowiedniej uchwały Sejmiku Związku Wojewódzki Sąd Administracyjny w Poznaniu.

§ 107. Statut niniejszy wchodzi w miejsce statutu Związku Komunalnych Kas Oszczędności w Poznaniu, uchwalonego w dniu 28 listopada 1921 r. na Sejmiku Związku Żyrowego Kas Oszczędności w Poznaniu.



Biura nasze znajdują się

przy ul. 27. Grudnia 8

Komunalny Związek Kredytowy

w Poznaniu

Korporacja prawa publicznego.

Komunalny Bank Kredytowy

w Poznaniu

Instytucja bankowa prawa publicznego o pupilarnej pewności.